

Das schleswig-holsteinische mittelständisch geprägte Gesundheitswesen wird von der CDU gewürdigt und gefördert!

Die SPD-SH hatte im Landtag einen Antrag zur Rekommunalisierung privater Kliniken eingebracht. Diese Verstaatlichungstendenz wurde von der Parlamentsmehrheit abgelehnt.

Bündnis 90/Die Grünen-SH setzen in ihrem Programm private Gesundheitsunternehmen bloßer Gewinnmaximierung gleich.

Für uns ist die Versorgungssicherheit der Bevölkerung wichtiger als Ideologien.

Das gibt Anlass, aus mittelständischer Sicht die Programme zur Landtagswahl 2022 zu analysieren, welche der größeren Parteien zu unserem bewährten gegliederten Gesundheitswesen stehen.

CDU-Landtagswahlprogramm-Auszüge:

- Gesundheit trägt einen wesentlichen Teil zu einem selbstbestimmten und freiheitlichen Leben bei. Schleswig-Holstein besitzt eine erprobte, zuverlässige und bedarfsorientierte Gesundheitsversorgung. Sie wird ganz wesentlich von ihrer mittelständischen, selbstständigen und freiberuflichen Struktur geprägt. Wir wollen sie erhalten und verbessern.
- Eine gute medizinische und zahnmedizinische, psychotherapeutische und pflegerische, nichtärztlich heilberufliche und gesundheitshandwerkliche Versorgung ist dafür unabdingbar. Sie gehört für uns zu den Kernaufgaben der Daseinsvorsorge – egal, ob auf dem Land oder in der Stadt, frei und unabhängig von der Einwirkung und den Interessen Dritter.
- Die Förderung von sektorenübergreifenden Versorgungsstrukturen für alle Gesundheitsberufe ist für uns selbstverständlich. Wir werden die vielfältigen Chancen der Digitalisierung sektorenübergreifend nutzen und wie zum Beispiel Onlinesprechstunden besser ausschöpfen. Digitale Möglichkeiten der Versorgung werden wir konsequent ausbauen und setzen uns für eine gute und leistungsfähige IT- Infrastruktur in der medizinischen Versorgung ein.
- Die freiberufliche, selbstständige Struktur bildet für uns weiterhin das Rückgrat der Gesundheitsversorgung. Hindernisse bei kooperativen Praxisformen wollen wir beseitigen, um überall eine wohnortnahe und gute Versorgung sicherzustellen und regionale Gesundheitszentren fördern, um in unterversorgten Gebieten die Notfall- und Akutversorgung, die stationäre Versorgung und die ambulante Versorgung zu bündeln. Wir wollen Flexibilität beim Einstieg in den Beruf im Angestelltenverhältnis und bei der Arbeitszeit oder bei der Niederlassung ermöglichen.

- Zudem wollen wir prüfen, welche weiteren Anreize wir setzen können, um Ärztinnen und Ärzte gerade für den ländlichen Raum zu gewinnen.
- Wir achten die bewährten und leistungsfähigen Strukturen der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen, die praxisnahe und patientenorientierte Entscheidungen unter Betroffenen ermöglichen. Zudem wollen wir bürokratische Hemmnisse abbauen, wo immer es möglich ist.
- Zu einer sektorenübergreifenden Versorgung gehört auch der stationäre Bereich mit seinen gemeinnützigen, kommunalen und privaten Krankenhäusern. Krankenhäuser und Universitätskliniken sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesundheitsversorgung.
- Die Gesundheitswirtschaft trägt in besonderem Maße zur Versorgungssicherheit bei. Eine weitere Lehre aus der Pandemie ist die Erkenntnis, dass wir sichere strategische Reserven für medizinische Produkte und ausreichend medizinisches Personal für Notfälle benötigen.
- Lokale Versorgung mit medizinischen Gütern sichern
- Der finanzielle Mehraufwand bei Krisen ist im Gesundheitssystem nicht ausreichend berücksichtigt. Das Gesundheitssystem muss auch für künftige mögliche Epidemien besser vorbereitet und ausgestattet sein. Zu einer Gesundheitspolitik aus einer Hand gehört für uns, die Rahmenbedingungen für die Gesundheitswirtschaft im Land stabil zu halten und weiter zu verbessern. Damit gewährleisten wir eine gute gesundheitliche Versorgung der Menschen und sichern Arbeitsplätze. Die Gesundheitsbranche einschließlich der Medizintechnik, der Pharmaunternehmen, des Gesundheitshandwerks und -handels und die medizinische Forschung sind für unser Bundesland ein starker Wirtschaftsfaktor.
- Versorgungssicherheit zu gewährleisten, bedeutet für uns auch, dass es bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht nur um den niedrigsten Preis gehen darf; Verfügbarkeit und Qualität müssen stimmen.

B90/Die Grünen- Landtagswahlprogramm-Auszüge:

- Wir setzen uns für eine Gesundheitsversorgung ein, in der die Patient*innen bedarfsgerecht behandelt werden. Oberste Priorität muss das Wohl der Patient*innen haben, und nicht die Gewinnmaximierung. Eine Privatisierung des Gesundheitswesens lehnen wir ab.
- Dafür wollen wir insbesondere die Einrichtung von kommunalen Gesundheitszentren unterstützen, in denen alle Gesundheitsberufe auf Augenhöhe zusammenarbeiten.
- Kliniken sollen deshalb in Zukunft nicht mehr nur nach Fallzahl, sondern auch nach ihrem gesellschaftlichen Auftrag finanziert werden. Dafür braucht es ein neues Finanzierungssystem. Weil Gesundheit öffentliche Daseinsvorsorge ist, lehnen wir weitere Privatisierungen im Gesundheitssektor ab.

SPD- Landtagswahlprogramm-Auszüge:

- In vielen Regionen werden wir nicht mehr die gleiche Dichte an Hausarztpraxen haben wie bisher. Deshalb streben wir eine bessere Vernetzung der medizinischen Angebote an. In Versorgungszentren wird die hausärztliche Versorgung ergänzt durch ambulante Pflegedienste und die Organisation von haushaltsnahen Dienstleistungen.

GPA-Vorsitzender Hans-Peter Küchenmeister - stellv. GPA-Vorsitzender Dr. Peter Froese

- Regionaldifferenzierte Ansätze und Organisationsformen wie Gesundheitszentren oder Ärztegenossenschaften halten wir für richtig. Unser Ziel: In jedem Kreis gibt es im Jahr 2030 Versorgungszentren, die den Menschen ein umfassendes allgemeinmedizinisches Angebot sichern. Auch häufig konsultierte Fachärzt*innen können sich mit den Versorgungszentren in der Fläche ansiedeln. Dazu gehören Initiativen zur konkreten Vernetzung von Krankenhäusern, um auch künftig in den ländlichen Räumen Schleswig-Holsteins Expertenwissen zu erhalten sowie gute Bedingungen für ärztliche Fortbildungen zu sichern.
- Wir werden die Digitalisierung im Gesundheitswesen beschleunigen. Dazu gehören Telesprechstunden, Videosprechstunden, Notfallversorgung durch Notfallsanitäter*innen mit ärztlicher Fernunterstützung, elektronische Patientenakten und elektronische Impfnachweise.
- Insbesondere Schleswig-Holsteins kommunale Kliniken leisten einen wichtigen Beitrag zur hochwertigen und zugleich wohnortnahen Versorgung der Bevölkerung. Wir befördern eine gut aufeinander abgestimmte Entwicklung der einzelnen Klinikstandorte und eine stärkere Vernetzung untereinander sowie mit dem Universitätsklinikum Schleswig-Holstein. Kleinere Kliniken spielen eine besonders wichtige Rolle bei der wohnortnahen Grundversorgung. Diesen Kliniken wollen wir eine Perspektive geben, sich zu regional ausgerichteten Gesundheitszentren zu entwickeln, in denen die stationäre Grundversorgung mit ambulanten Angeboten und pflegerischen Angeboten verzahnt werden. Unser Ziel ist, wieder mehr Krankenhäuser in öffentlicher oder kommunaler Trägerschaft zu führen.

FDP- Landtagswahlprogramm-Auszüge:

- Schleswig-Holstein hat die Pandemie gut gemeistert – doch darüber hinaus wollen wir alle möglichst lange gesund bleiben. Dafür brauchen wir gute Strukturen in der Gesundheitsversorgung. Insbesondere mit Arztpraxen, die für alle gut zu erreichen sind. Kommunale Gesundheitszentren sollen eine lückenlose Versorgung sichern. Wir wollen Krankenhäuser so strukturieren, dass sie alle Patienten bestens behandeln. Darum werden wir weiterhin sehr konsequent in ihre Modernisierung investieren – auch in die landeseigene Uniklinik mit den Standorten Kiel und Lübeck.
- Die medizinischen Angebote wollen wir noch besser vernetzen. Die Digitalisierung bietet hier große Chancen: zum Beispiel bei der Telemedizin.

Das Fazit ist eindeutig: Unser mittelständisch geprägtes Gesundheitswesen wird konkret und ausdrücklich nur von der CDU gewürdigt und gefördert!

(Stand März 2022)

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion Deutschland (MIT) ist die größte parteipolitische Wirtschaftsvereinigung Europas. Sie engagiert sich insbesondere für die Belange der Klein – und Mittelständischen Unternehmen (KMU).

GPA - Gesundheitspolitischer Arbeitskreis der MIT-SH

Hans-Peter Küchenmeister - Vorsitzender, Dreiangel 8, 24161 Altenholz
0173-99 123 88, 0431-12 800 191, gpa@kuechenmeister.net, www.mit-sh.de